

Mit der Digitalisierung der Schulen Corona trotzen?

Peter Bender

Vorbemerkung. Dieser Diskussionsbeitrag wurde im Großen und Ganzen im Spätsommer 2020 verfasst, als die Zahlen der bekannten Corona-Infektionen in Deutschland sehr niedrig waren, und im November 2020 aktualisiert (wobei trotz der damals wieder veränderten gesellschaftlichen Situation nicht allzu viel zu ergänzen war). Die weitere Entwicklung bis zur Veröffentlichung im Spätwinter 2020/21 konnte natürlich nicht berücksichtigt werden.

Die Ausgangslage

Seit Jahrzehnten hören wir die Klage, dass Deutschland bei der Computerisierung des Schulunterrichts „hinterherhinke“. Nachdem der Vorreiter Australien inzwischen seine computer-orientierten Schulreformen schon wieder zurücknimmt, wird uns gerne Estland (mit einer Einwohnerzahl kleiner als die von München und, anders als München, unterstützt von der EU) als Vorbild hingestellt. Seit der Schließung der Schulen im Zuge der Corona-Krise verstärken interessierte Kreise das Trommelfeuer: Deutschland sei bei der technischen Ausstattung der Schulen „rückständig“; die „Digitalisierung“ des Unterrichts sei „überfällig“; nun „räche sich“, dass wir die Digitalisierung „verschlafen“ hätten; usw.

Halten wir einen Moment inne. Wird da kritisiert, dass „das“ Bildungswesen, „die“ Schulen, „die“ Lehrer¹ bis Januar 2020 bei der Vorbereitung auf die Corona-Pandemie versagt haben? Da hätte doch die ganze Menschheit versagt und sich nicht gegen ökonomische Verluste von vielen Billionen Euro, Firmenpleiten, Arbeitslosigkeit, Gefährdung von Staatshaushalten mitten in Zeiten der Prosperität gewappnet. In mehreren Ländern hat die Krankenhauskapazität nicht gereicht, und auch in Deutschland gab es zunächst nicht genug Schutzkleidung, Atemmasken usw. Den Schulen ist jedenfalls kein Versäumnis vorzuwerfen.

Na gut, es wird ja vielleicht nicht nachträglich gefordert, dass ein Plan für einen kompletten Distanzunterricht, wie er anfangs in Corona-Zeiten stattfinden musste, hätte ausgearbeitet sein sollen, sondern es wird suggeriert, dass eine stärkere Com-

puterisierung der Schulen die Ein- und Durchführung des Distanzunterrichts erleichtert und die unübersehbaren Schwächen des real stattgefundenen Distanzunterrichts verringert hätte.

Es ist gewiss nicht zu bestreiten, dass eine fortgeschrittenere technische Ausstattung von Schulen und Schülern „über Alles integriert“ den Distanzunterricht erleichtert hätte, und es ist nicht zu bezweifeln, dass bei manchem schulischen Thema das Lernen durch die Verwendung von Computern i. w. S. gefördert werden kann, und zwar schon im ganz biederen, herkömmlichen Präsenzunterricht. Dieser hat, was man sich sofort klarmacht, auch eine Distanzkomponente, nämlich die (i. d. R. nachmittäglichen) Hausaufgaben, über deren Nutzen ja trefflich gestritten wird. Jedenfalls wird dabei der Computer (auch in Form von Smartphones mit allerlei Funktionen) bereits jetzt breit eingesetzt, allerdings ganz klar an den Präsenzunterricht angebunden und leider keineswegs immer der Sache förderlich.

Von „den“ Digitalisierungsfans erfährt man i. A. wenig darüber, worin eigentlich der pädagogische und soziale Mehrwert einer zunehmenden Digitalisierung des Unterrichts besteht. Hoffentlich ist nicht daran gedacht, den Distanzunterricht auf Kosten des Präsenzunterrichts auszuweiten, bis hin zu der Dystopie eines Seymour Papert aus den 1960-er Jahren, nach der die Kinder die Welt mit der Programmiersprache „Logo“ erkunden sollten.

Noch einmal: Es gibt im Unterricht ertragreiche Möglichkeiten des Computer-Einsatzes, in meinem Fach „Mathematik“ z. B. als Massendatenverarbeiter (in der Statistik), als Schnellzeichner (bei allen Arten von grafischen Darstellungen), als Schnellrechner (bei Simulationen oder in realen Anwendungen mit nicht-glaten Zahlen), und fachunabhängig zum Informieren im Internet, zum Kommunizieren usw. Alle diese Möglichkeiten sind jedoch ausgesprochen voraussetzungsvoll und haben ihre negativen Begleiterscheinungen, die aus didaktischen Analysen und realen Erfahrungen wohlbekannt sind. Im Folgenden möchte ich aber nicht diese diskutieren, sondern mich einigen grundsätzlicheren Problemen zuwenden.

¹ Als Feminist der ersten Stunde habe ich viele Jahre lang den sog. fraueneinbeziehenden Sprachgebrauch penibel gepflegt. Inzwischen denke ich, dass das nicht mehr nötig ist, und deshalb bin ich zur Verwendung allein der substantivischen Stammformen mit ihrem jeweiligen grammatischen Geschlecht zurückgekehrt.

Die Technik

Nach langem Hin und Her wurde im Mai 2019 der „Digitalpakt Schule“ verabschiedet, nach dem der Bund 5 Mrd Euro zur digitalen Aufrüstung der deutschen Schulen bereitstellt (später wurde der Betrag mehrfach für verschiedene Spezialzwecke erhöht). Dieser Betrag reicht gerade einmal dafür aus, alle Schulen mit Rechnern auszustatten. Da ist noch nichts verkabelt, keine Software installiert, nichts zum Laufen gebracht, verlinkt, gewartet, repariert und erneuert. Und da ist noch kein IT-Mensch eingestellt, der an der Schule hauptberuflich diese Tätigkeiten kontinuierlich ausübt. Ich will damit sagen, dass die über 6 Mrd Euro Peanuts sind gegenüber dem etwa zehnfachen Betrag, der für eine flächendeckende Digitalisierung des Schulwesens wirklich gebraucht würde (s. Estland). Da muss man schon einmal den möglichen Ertrag mit dem Aufwand konfrontieren. Man könnte diesen Aufwand zwar als Konjunkturprogramm für die IT-Branche deklarieren; aber in Corona-Zeiten gäbe es Wirtschaftszweige, die ein solches Programm nötiger hätten.

Man könnte z. B. für jedes Klassenzimmer Luftreiniger anschaffen und damit einen echten Regelbetrieb ohne Masken ermöglichen. Die Kosten dafür würden sich bundesweit auf größenordnungsmäßig 1 Mrd Euro belaufen, und es wären immer noch 5 Mrd Euro für die Digitalisierung übrig. Allerdings bestehen in den Schulen seit vielen Jahren anderweitig viele Mängel, deren Beseitigung ebenfalls viel Geld kosten würde (weswegen sie ja oft schon so lange bestehen), aber dringender als die digitale Aufrüstung wäre. Bei zahlreichen Schulgebäuden im ganzen Land eine marode Bausubstanz (mehr bei denen im Alter von 40 bis 60 als bei denen von 110 bis 140 Jahren); Erfordernis von Neubauten wegen wachsender Schülerzahlen infolge der Zuwanderung in den letzten Jahren; vor allem aber, was durch die Corona-Krise besonders deutlich geworden ist, kritische hygienische Zustände, von verdreckten oder gebührenpflichtigen Toiletten über dauerhaft nicht zu öffnende Fenster bis hin zu fehlenden Waschbecken in den Klassenräumen (abmontiert bei der Abschaffung der Kreidetafeln zugunsten der glorreichen Whiteboards).

Das Programm der Digitalisierung der Schulen

Bemerkenswert ist, dass heute, etwa 1½ Jahre nach Inkrafttreten des Digitalpakts, noch nicht einmal 10 % der bereitgestellten Mittel von den Schulen abgerufen worden sind. Das liegt zum einen an der unvermeidlichen Bürokratie: in den Bundesländern fehlt es an Ausführungsbestimmungen; die Beantragung ist arg aufwändig; die erforderlichen Ausschreibungen dauern ihre Zeit, nicht zuletzt weil

das Angebot an Geräten knapp wird; und sollte wirklich einmal eine halbe IT-Stelle besetzt werden dürfen, sind keine geeigneten Bewerber vorhanden. Vor allem aber müssen die Schulen zum Erhalt dieser Mittel *pädagogische* Digitalisierungsprogramme vorlegen.

Viele Kollegien scheuen die Entwicklung eines solchen Programms, und zwar aus mehreren Gründen: Zum einen wurden ihnen in den letzten Jahrzehnten zusätzlich zu ihrer zunehmend schwierigen Kernaufgabe des Unterrichtens, Bildens und Erziehens viele weitere Aufgaben aufgebürdet, darunter die Ausarbeitung allerlei eigener und Umsetzung vorgegebener Programme. Zum zweiten wurden und werden solche Programme, zur Frustration der Engagierten, nach mehr oder weniger kurzer Zeit immer wieder eingestampft. Und zum dritten mangelt es oft an Expertise. Wohl gibt es in den meisten Kollegien wenigstens einen IT-Spezialisten, der ein System zusammenbauen und am Laufen halten kann; aber die Entwicklung eines *pädagogischen* Digitalisierungsprogramms (über alle Fächer!) ist eine Aufgabe von ganz anderem Kaliber. Auch wenn die Vergaberichtlinien des Digitalisierungspakts gar nicht so weit gehen –; das ist es aber, was erforderlich wäre und was viele Kollegien offenbar nicht leisten (wollen, können). Außerdem schreckt die überbordende Bürokratie.

Die Programme von sog. Leuchtturm-Schulen im In- und Ausland scheinen unergiebig, zumindest kaum auf andere Schulen übertragbar zu sein. Was fehlt, ist eine *Konzeption*, die hinreichend allgemein ist, um von vielen Schulen, wenigstens modifiziert, übernommen werden zu können, aber zugleich so konkret und detailliert, dass man (auch in den Fächern!) damit arbeiten kann. Eine solche Aufgabe stelle ich mir ähnlich aufwändig wie den Aufbau und die Pflege des Textsystems „Word“ von Microsoft o. ä. vor, mit vergleichbaren erforderlichen finanziellen und personellen Ressourcen, also praktisch nur kommerziell leistbar. Da würden doch wieder technische und ökonomische Faktoren auf Kosten der pädagogischen Belange im Vordergrund stehen. In den USA (und in anderen Ländern) wirkt sich die Kommerzialisierung des Bildungswesens schon drastisch negativ aus, und wir sollten das deutsche Bildungswesen vor einer solchen Kommerzialisierung bewahren, zumal der pädagogische Erfolg eines solchen Unternehmens im höchsten Maße fraglich ist.

In einer Arbeitsgruppe, die eine solche Konzeption oder auch „nur“ konkrete Software entwickelt, müssten nicht nur „die“ Pädagogen gegenüber „den“ IT-Fachleuten (auch in Personalunion) in der Mehrheit sein, sondern es müssten auch Digitalisierungsskeptiker dabei sein, auf dass alle die „schönen“ Möglichkeiten der Rechner, des Internets,

der Kommunikationssysteme usw. auf ihren didaktischen, pädagogischen und sozialen Mehrwert hin abgeklopft werden.

Die Forderung nach Ausweitung der Digitalisierung der Schulen wird ja immer mit der Forderung nach der einschlägigen Fortbildung der Lehrer flankiert. Auch das ist leichter gesagt als getan. Natürlich sollten die Lehrer die Möglichkeiten kennen und wissen, wie man sie installiert, am Laufen hält und nutzt. Aber dann geht es mit der Fortbildung (i. W. in der Freizeit der Lehrer) doch erst richtig los, und da werden einerseits *pädagogische* Experten und andererseits wieder auch Skeptiker gebraucht, selbst auf die Gefahr hin, dass die IT-Euphorie flöten geht. Wir benötigen aber keine IT-Euphoriker, sondern pädagogisch denkende IT-Realisten. – Es ist gar nicht so einfach, Digitalisierungseuphoriker und -skeptiker zur Zusammenarbeit zu bringen. Das weiß ich aus eigener Erfahrung, der ich seit 1966 mit dem Computer zugange bin und in einschlägigen Arbeitskreisen mit meiner pädagogischen und didaktischen Skepsis immer wieder auch angeeckt bin. Aus meiner Sicht ist übrigens auch schon der gerne verächtlich gemachte Mail-Verkehr zwischen Lehrer und Schülern mit Hin- und Hersenden von Aufgabenblättern, Lösungen, Kommentaren usw. im pdf-Format eine vollgültige und nützliche Form von Distanzunterricht (wenn dieser denn sein muss).

Der soziale Aspekt

Der Digitalisierungsdiskurs wird schon immer, und auch in seiner corona-bezogenen Aktualität, vom gehobenen Bürgertum bestritten. Da wird der idyllischen Vorstellung von Kindern gefrönt, die dank einer ausgefeilten IT in der Schule und zu Hause lange ohne Schulpräsenz dem Lehrplan (natürlich mit Abstrichen, aber doch einigermaßen erfolgreich) gerecht werden können. – Diese Idylle ist allerdings im Frühjahr nach wenigen Wochen der allgemeinen Schulschließung verblasst. Die Kinder mussten irgendwann überhaupt wieder heraus aus den Wohnungen, unter ihresgleichen, in die struktur-liefernde Schule kommen, und die Eltern mussten entlastet werden, sei es, dass sie werktätig sind, sei es, dass die häusliche Enge doch energieverwendend wurde. Die Lehr-Lern-Leistungen gingen nach anfänglichen positiven Nachwirkungen des Präsenzunterrichts bald zurück. Die Gründe dafür liegen im Fehlen des physischen Zusammenseins, in der mangelnden Authentizität einer gemeinsamen Lehr-Lern-Situation, in der Auflösung der schulischen Strukturen sowie in der buchstäblichen Abwesenheit der (wie wir nicht erst seit Hattie wissen) ausschlaggebenden Person des Lehrers.

Die IT-Gläubigen werden hier einwenden, dass mit besserer technischer Ausstattung und besseren pädagogischen Konzepten bessere und längere Lernerfolge erzielt werden hätten können. Selbst wenn; so sprechen doch die sozialen Umstände gegen allzu lange Schulschließungen. Aus epidemiologischen Gründen habe ich eine solche zwar anfangs befürwortet; aber aufgrund der o. a. Argumente habe ich eingesehen, dass die Schulen noch vor den Sommerferien – allerdings unter Einhaltung strengster Hygiene-, Mundschutz-, Abstandshaltungs- und Luftreinigungsmaßnahmen – wieder geöffnet werden sollten. Die genannten einschränkenden Maßnahmen halte ich auch im laufenden Schuljahr zumindest für eine längere Zeit für unabdingbar, trotz des erforderlichen erhöhten Sach-, Raum- und personellen Aufwands, selbst auf die Gefahr hin, dass die Kinder dann immer noch weniger lernen als im echten Regelbetrieb. Auch in einem sog. Hybrid-Unterricht mit (am besten: täglichem) Wechsel von Präsenz- und Distanz-Lernen blieben diese Maßnahmen unentbehrlich, müsste mit Einbußen beim Lernen gerechnet werden und würde die Belastung der Lehrer über Gebühr steigen.

Die Corona-Politik

Kinder (unter zehn Jahren) erkrankten zwar seltener und wenn, glimpflicher an Corona, aber dass sie keine „Virenschleudern“ und „Pandemietreiber“ seien, ist *nicht* belegt. Eine entsprechende Studie vom Juni 2020 behauptet das zwar, aber wenn man sich diese ein bisschen genauer anschaut, erkennt man auch als epidemiologischer Laie, dass sie diese Behauptung mitnichten hergibt (in Zeiten der umfassenden Freizügigkeitsbeschränkungen waren unter den Probanden eh nur 0,7 % der Kinder und 1,7 % der Erwachsenen infiziert, und über das Infektionsgeschehen war nichts bekannt) und daher nicht als Argument für die frühe Rückkehr zum uneingeschränkten Regelbetrieb taugt. „Den“ Kultusministern passte das angebliche Ergebnis dieser Studie von vier (!) Universitäts- (!) Kliniken (aus Baden-Württemberg) aber gut in den Kram, und so zogen sie dieses als Begründung für ihr Vorpreschen heran und ignorierten viel validere, aber im Ergebnis ihren Absichten entgegenstehende Studien aus dem Aus- und inzwischen auch aus dem Inland.

Für den Verzicht auf das Tragen von Masken im Regelunterricht beriefen sich „die“ Kultusminister dann u. a. auf eine weitere „Expertise“: Der renommierte Ärzteverband „Marburger Bund“ erklärte das Maskentragen im Regelunterricht für „sinnlos“. – Jedenfalls lauteten so die Überschriften der entsprechenden Zeitungsberichte. – Tatsächlich hatte

die Verbandsvorsitzende bei ihrer Feststellung die Bedingung hinzugefügt: „wenn alle auf ihren Plätzen sitzen und Abstand sichergestellt ist“; die man unter dem Eindruck der marktschreierischen Überschrift leicht überlas. Mit dieser Zusatzbedingung wird die Feststellung jedoch trivialisiert und praktisch leer (einen Regelunterricht, wo alle Beteiligten paarweise einen Abstand von 1,50 m einnehmen, gibt es in deutschen Schulen nur als extrem seltene Ausnahme). Ob für die Unterdrückung dieser Zusatzbedingung in den Verlautbarungen „die“ Medienvertreter oder der Marburger Bund hauptverantwortlich sind, sei dahingestellt. Infolge der Wahl ist letzterer jedenfalls nicht ganz unschuldig. Statt „sinnlos“ hätte man z. B. weniger drastisch auch „entbehrlich“ oder „unnötig“ sagen können. Sinnlos wäre eine Maskenpflicht nämlich noch nicht einmal bei Einhaltung eines paarweisen Abstands von 1,50 m.

Eine ähnliche Stimmungsmache richtete sich gegen einen flächendeckenden Einsatz von sog. mobilen Luftreinigern (mLr). „Die“ Kultusminister stützten sich mit ihrer Ablehnung auf eine Stellungnahme des Umweltbundesamts (UBA) mit der reißerischen Überschrift „Mobile Luftreiniger in Schulen: Nur im Ausnahmefall sinnvoll“ und der Empfehlung des Lüftens als allein wirksame Strategie.

Wohl kennt das UBA die beiden einzigen Studien, die die Wirksamkeit dieser mLr zur Reduzierung von coronaviren-behafteten Aerosolen untersucht haben und voll des Lobes sind, und sonst keine, weil es (bis Mitte November 2020) keine gibt. Es kommt dann jedoch zu dem Schluss, dass „es einem generellen Einsatz der mLr kritisch gegenübersteht und ihn lediglich in Ausnahmefällen als zusätzliche Maßnahme für gerechtfertigt hält“ (*die Fälle, wo das empfohlene Lüften ungenügend funktioniert, sind nicht so selten, dass man sie als Ausnahmen bezeichnen könnte, und in solchen „Ausnahmen“ wären mLr keine zusätzliche, sondern hauptsächliche Maßnahmen*). Die Wirksamkeit der mLr sei in vielen Fällen bislang nicht eindeutig nachgewiesen (*in welchen Fällen? und was heißt „nicht eindeutig nachgewiesen“?*), und zudem würden sie nicht die in Unterrichtsräumen übliche Anreicherung von CO₂, Luftfeuchte und diversen geruchsaktiven Substanzen verhindern (*darum geht es doch gar nicht!*). Zwar könnten sie corona-behaftete Partikel „teilweise entfernen“ (*hört sich nach viel weniger an als die nachgewiesene Größenordnung von über 90 %*), aber sie müssten sehr großzügig dimensioniert sein (*na und?*), sie erforderten eine fachgerechte Aufstellung (*na und?*), kontinuierliche Wartung (*na und?*) sowie Austausch und Entsorgung der Filter (*im mehrjährigen Rhythmus; na und?*). – An anderer Stelle empfiehlt das UBA stattdessen die Aufstellung von sog. CO₂-Ampeln, ein Gimmick, das 300 Euro pro Stück kostet –, als

ob man nicht auf die Uhr schauen könnte, bis wann die zwanzig Minuten bis zur nächsten Lüftung um sind, bzw. (seit Jahrtausenden) mit natürlichen Rezeptoren merkt, wenn die Raumluft verbraucht ist.

Natürlich kann es sein, dass das UBA Recht hat und in seriösen Studien noch nachgewiesen wird, dass mLr tatsächlich nicht genug leisten, besonders in Relation zu den Kosten; aber dafür hat es bis jetzt keine auch nur ansatzweise überzeugende Belege geliefert. Die Naturburschen vom UBA halten eisern an ihrer Abhärtungsstrategie fest, die übrigens bei jedem gewerblichen Büro wegen der niedrigen Raumtemperaturen zu einem Aufstand der Gewerkschaft führen würde. Wohl haben die Schüler „nur“ ihre Eltern als Lobby, aber auch die Lehrer haben als Arbeitnehmer einen Anspruch auf einen Arbeitsplatz, der nicht die Gesundheit gefährdet.

„Die“ Kultusminister haben Einschätzung und „Begründung“ vom UBA übernommen. Sie müssten sonst eingestehen, dass sie ein halbes Jahr lang in dieser Angelegenheit untätig geblieben sind. Außerdem würden diese Kosten (wie gesagt, in der Größenordnung von 1 Mrd Euro) wohl nicht vom Bund getragen. – Allerdings scheint die Front zu bröckeln. In einigen Bundesländern wurden schon Behördenräume mit mLr ausgerüstet und in anderen die Mittel für die Ausstattung von Schulen damit bereitgestellt.

Hier habe ich drei Beispiele geliefert, wie auch seriöse Institutionen Nachrichten produzieren, die in der Form, wie sie der Öffentlichkeit dargeboten werden, hart an der Grenze zu „fake news“ liegen.

Seit dem Ende der Sommerferien hört man aus fast allen Bundesländern von mehr oder weniger umfangreichen Quarantäne-Maßnahmen in Schulen aufgrund von Corona-Fällen. Leider fühlt sich die KMK nicht bemüht, diese Vorfälle gesammelt zu veröffentlichen; wohl weil diese dann nicht mehr so vereinzelt wirken würden.

Allerdings möchte ich mich nicht an der allgemeinen Schelte „der“ Kultusminister beteiligen. Oft genug ist es zum Zwecke des schnellen Reagierens unvermeidlich gewesen, den Schulen freitags Richtlinien zu übermitteln, die alsbald (möglichst montags) umgesetzt werden sollten. In Corona-Zeiten hat es in Politik und Wissenschaft immer wieder Sinneswandel gegeben. Man denke nur daran, dass in den ersten Wochen der Pandemie die „normalen“ Masken für quasi wirkungslos erklärt wurden (vermutlich, weil zu wenige zur Verfügung standen) und sie inzwischen zum A und O des Schutzes vor Corona mutiert sind, oder an das Hin und Her, wie umfangreich getestet werden soll (wo schließlich ökonomische Argumente den Ausschlag dafür gaben, dass dem „gewöhnlichen“ Bürger der Zugang zu einem Test arg erschwert wird). – Umgekehrt

fehlt halt „den“ Kultusministern die Kompetenz (im doppelten Sinn), detaillierte Vorschriften zu allerlei Themen, z. B. zur Digitalisierung, zu erlassen (was immer wieder von ihnen eingefordert wird), auch wenn sie viele Monate Zeit dafür gehabt haben.

Von „den“ Bildungsökonomern wird ein anderes Argument gegen die Schulschließungen eingeführt. Sie rechnen Bildungszeit in Einkommen um und kommen bei vier Monaten fehlender Schulzeit auf 3–4 % Einkommensverlust im späteren Leben. Dieser Folgerung liegen z. T. sehr windige Übertragungen von Vorkommnissen in anderen Ländern mit anderen Umständen aus anderen Zeiten zugrunde, z. B. von einem Vergleich von Schülern mit einem längeren Schulstreik einerseits mit Schülern ohne Schulstreik andererseits, – eine Situation, die bei uns aktuell doch offensichtlich nicht gegeben ist.

Die Pädagogik

Ungeachtet einer solchen primitiven Pekuniarisierung handelt es sich für die Kinder um einen Verlust an Bildung, der, wenn überhaupt, nur mit Mühe wieder ausgeglichen werden kann. In vielen Bundesländern kommt für die Mehrzahl der Gymnasiasten dieser Verlust auf die Verkürzung auf acht Schuljahre obendrauf, so dass sie jetzt nur noch über etwa G(7,5) verfügen. Diesen Schülern könnte man ruhig das weggenommene Schuljahr wieder gönnen und würde damit dem Wunsch einer großen Mehrheit von Eltern und Kindern entsprechen.

Eine noch weitergehende Idee, nämlich, in Erwartung eines breit verfügbaren Impfstoffs erst ab 2021, in allen Schulformen das Schuljahr einfach nicht zu zählen, ist leider allzu schnell in der Versenkung verschwunden. Da wäre allen Schülern ein Mehr an Bildung zuteilgeworden (laut Berechnung „der“ Bildungsökonomern würden sie später etwa 5 % mehr verdienen (Scherz)). Dieses Mehr an Bildung würde ihnen angesichts einer weiteren Verlängerung der Lebenszeit und der Lebensarbeitszeit bestimmt guttun. Erfahrungen mit der Veränderung der Schulzeit um ein Jahr hat man ja bei der seinerzeitigen Umstellung des Gymnasiums von G9 auf G8 und wieder zurück in vielen Bundesländern gesammelt.

Unabhängig von der Schulform sollten vor allem nicht die Familien aus dem Blick verloren werden, wo die Voraussetzungen für ein häusliches Lernen nicht so gut wie beim gehobenen Bürger-tum sind, auch wenn diese die Bildungsinteressen ihrer Kinder weniger vehement vertreten (können oder wollen). In vielen Familien fehlt es, abgesehen von Smartphones, an leistungsfähigen Endgeräten, an geeigneter Software, am Drucker mit Toner und

Papier, am stabilen Internet-Anschluss, an einem hinreichend großen und ungestörten Arbeitsplatz, an einer lernförderlichen Atmosphäre, an Unterstützung durch die Eltern usw. (Und wenn dann – in der Anfangszeit der Krise – so mancher Lehrer mit unkonventionellen Mitteln die Verbindung zu seinen Schülern aufrechterhalten möchte, fährt ihm – wie in Thüringen geschehen – der oberste Datenschützer in die Parade und droht ihm ein Bußgeld an, weil er in der Notsituation vielleicht nicht alle datenschutzrechtlichen Bestimmungen penibel beachtet hat.)

Die genannten Unzulänglichkeiten lassen sich doch nicht dadurch beseitigen, dass man diesen Familien eine sog. Internet-Lern-Flatrate gewährt, pro Kind einen Computer schenkt oder leiht und – besonders kostenintensiv, aber erforderlich – Fachleute bereitstellt, die die häuslichen Computersysteme am Laufen halten. Und hier rede ich keineswegs nur von den ärmsten 5 % der Bevölkerung.

Die o. a. Gründe für das mittelfristige Scheitern des Distanzunterrichts – *alle ja unabhängig vom Grad der Digitalisierung von Schule und Wohnung* – gelten hier erst recht. Die Gefahr liegt auf der Hand, dass die Kinder mit schlechteren Voraussetzungen vom familiären Umfeld, aber auch von der eigenen Disposition her durch den Distanzunterricht zusätzlich benachteiligt werden. Und daran ändert eine noch so intensive Digitalisierung nicht nur nichts, sondern sie verstärkt diese Benachteiligung.

Fazit

Wenige Berufene und viele Unberufene haben die Corona-Krise zum Anlass genommen, noch drängender eine umfassende Digitalisierung der Schulen, und inzwischen auch der Elternhäuser, zu fordern. Von Vielen wird der Computer ohne weitere Begründung sozusagen als Allheilmittel hingestellt, womöglich aufgrund positiver Erfahrungen mit der partiellen Auslagerung von Büroarbeit in Privatwohnungen (die allerdings inzwischen in dieser Allgemeinheit auch schon wieder in Frage gestellt werden) oder mit dem Ersatz von wissenschaftlichen und geschäftlichen persönlichen Treffen durch Video-Konferenzen. Aber Bildungsprozesse mit jungen Menschen sind nun einmal etwas fundamental Anderes. Es ist eben nicht so, dass sie in der Distanzlehre gut funktionieren, wenn nur alle Beteiligten mit der „erforderlichen“ Technik ausgestattet sind. Nach einiger Zeit laufen sie ins Leere. Genau das hat die Corona-Krise gezeigt.

Peter Bender, Universität Paderborn
E-Mail: bender@math.upb.de